

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3.50 zt.
mit Zustellgeld 3.80 zt. Bei Postbezug monatl. 3.89 zt.
vierteljährlich 11.66 zt. Unter Streifband in Polen monatl. 7,50 zt. Danzig
2,50 G. Deutschland 2,50 RM. Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr.
Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung etc.) hat der Bezieher keinen Anspruch
auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Gernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr., die Millimeter-
zeile im Reklameteil 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf.
Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Plak-
vorricht u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen
schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Er scheinen der An-
zeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postleitzahlen: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 282

Bromberg, Dienstag, den 11. Dezember 1934

58. Jahrg.

Nothilfeweihnachten

Von Pfarrer Eichstädt-Bromberg.

Vor einigen Tagen sagte uns jemand: Mir grant vor diesen Nothilfeweihnachten. Auf unsere erstaunte Frage, was er eigentlich damit meine, antwortete er: „Ich fürchte mich davor, daß man sogar die Liebe zu Weihnachten organisieren will.“ Diesen Ausspruch sollte man ganz ernst nehmen. Organisierte Liebe ist ein Widerspruch in sich. Wehe der Organisation der Nothilfe, wenn sie ihre Grenzen überschreitet.

Damit ist die Frage gleichzeitig angeschnitten: Soll nun alle private Liebätsigkeit aufhören, nachdem das Nothilfswerk im Lande organisiert ist? Nein und abermals nein, zumal nicht beim Weihnachtsfest.

Was wollte denn die Deutsche Nothilfe durch ihre Organisation erreichen? Kurz gesagt: Es sollten sich die Klassengegenseitigkeiten zwischen arm und reich ausgleichen, zwischen Hungernden und Satten. Die Besitzenden wissen, daß 17 000 arbeitsunfähige, arbeitslose, fränke, alte Volksgenossen vorhanden sind, die kein Geld zum täglichen Brot, kein Geld zur Miete haben. Für diese zu sorgen ist Pflicht der Volksgemeinschaft; denn sie haben ein Recht auf Leben und Arbeit. Die Nächsten, die ihre Last mit zu tragen haben, sind nicht der Staat, sondern die Volksgenossen. Das, was jenen zum Leben fehlt, müssen die anderen, die Brot und Arbeit haben, abgeben.

Um sowohl die Bedürftigen zu erfassen als auch die Geber mobil zu machen, ist Orga'nsation notwendig. Jeder mußte eingeschäft und abgeschäft werden. Das klingt gewiss seelenlos und hart. Viel Persönliches geht bei solchem Verfahren verloren. Es ist aber unvermeidlich, um eine wirtschaftliche Behandlung der Angelegenheit zu ermöglichen. Jetzt ist die „Deutsche Nothilfe“ so weit, daß die Organisation arbeiten kann, von einigen Nachzüglern und Unverbesserlichen abgesehen.

Was haben wir erreicht? Wir glauben jetzt die Mittel zu besitzen, so daß wir zusammen mit der staatlichen Hilfe in der Lage sind, die allerärgste Not unter unseren Volksgenossen während des Winters abzustellen. Dabei muß immer wieder betont werden: Nur vor dem Verhungern und Erfrieren können wir bewahren, mehr nicht. Der Bauer, der sich lärmlich durchschlägt, sollte sich berechnen, was sein Lebensunterhalt und sein Obdach kosten. Das, was er für sich beansprucht, das soll er auch dem Volksgenossen zugestehen. Wenn gar jemand ein Monatsentommen von 4–500 Zloty hat und sich darüber aufregt, doch ein Arbeitsloser 20–30 Zloty monatlich zum Leben kommt, der ist unsozialistisch und verdient nicht den Ehrennamen „deutscher Volksgenosse“.

Wir haben wahrhaftig keine Veranlassung, mit dem Greichen zufrieden zu sein. Gerade Weihnachten, das Fest der Liebe, ruft uns auf, über das Greiche hinauszukommen und mehr zu tun.

Mit den von der Nothilfe zugewiesenen 10–15 Zloty monatlich ist wahrhaftig noch kein Weihnachten ausgerichtet. Da fehlt noch der Weihnachtsbaum, da fehlt der Pfefferkuchen. Da ist noch kein Püppchen für die Kleinsten gekauft. Strümpfe, Handschuhe, ein wollener Schal täten der Familie schon lange not. Wer kann sie aber kaufen? Die Kleiderkammer konnte lange nicht alle Wünsche befriedigen.

Hier ist der Punkt, wo die Organisation zurücktreten muß und die freie Liebätsigkeit einsetzt. Hier heiden sich auch die Geister. Die einen, die Geizfragen, haben immer Angst, daß die armen Leute zuviel bekommen. Sie schreien immer: nur keine weiteren Sammlungen! Die anderen aber sind die, die etwas von der Christusliebe des Weihnachtsfestes in ihr Herz aufgenommen haben. Sie sehen Elend, wo viele achtlos vorübergehen. Sie sinnen mit frommen Herzen auf Mittel und Wege, wie über die Nothilfe hinaus noch Geldquellen zu erschließen sind. Und vor allem, sie reden nicht viel, sondern handeln in Liebe. Sie machen aus alt – neu. Sie schnüren ein Päckchen, wie einst den Kriegern im Felde, mit einem Tannenzweig darauf, bringen es mit einem freundlichen Gruß einem einsamen Menschen, nachdem sie sich bei der Verteilungsstelle der Nothilfe erkundigt haben, wo es wohl am nötigsten wäre.

Liebe macht erfunderisch. So haben sich in einem Jugendverein die jungen Mädchen vorgenommen, die ganze Weihnachtszeit hindurch den Alten und Einsamen Weihnachtslieder zu singen. Es werden sich gewiß auch Menschen finden, die ein kleines Weihnachtsbäumchen den Armen zu Weihnachten persönlich ins Haus tragen.

Manmal weiß man nicht, was schwerer ist. Gaben auszuteilen, oder zu empfangen. Besonders die, denen es früher gut ging, empfinden es bitter, daß sie heute Unterstützungen nehmen müssen. Aber sie sollen es auch wissen, wie schwer das Austeilen ist. Ein Wort überwindet alle Scheu: das Wort Liebe. Eine herzlich gedrückte Hand und ein treues Wort zur Gabe schlägt Brüden.

Nothilfeweihnacht soll diesmal für uns sein: ein Weihnachten, bei dem jeder, der Weihnachten feiert, an die Notgenossen denkt, ein Weihnachten, wo christliche Liebe, ohne zu rechnen, hilft.

N.R.

Der Tag der nationalen Solidarität.

Berlin, 10. Dezember. Ganz Deutschland stand am Sonnabend vollständig im Zeichen des Tages der nationa-

nalen Solidarität. Im ganzen Reich standen die Spitäler der Behörden, die leitenden Männer der Parteiorganisationen, Angehörige der freien Berufe und andere Volksgenossen mit den Sammelbüchsen auf den Straßen und Plätzen der Städte, um an die Opfersfreudigkeit der Bevölkerung zu appellieren. Und dieser Appell ist nicht vergeblich gewesen: Der Tag gestaltete sich zu einem Opferfest im wahrsten Sinne des Wortes.

Das vorläufige Gesamtergebnis der Sammlung am Tage der nationalen Solidarität dürfte, wie DNW meldet, 3,5 Millionen Mark erreichen. In Berlin allein sind von den 4000 Sammlern insgesamt 216 929,46 Reichsmark in den Büchsen gesammelt worden. Die Aktion verlief im ganzen Reich reibungslos und ohne Störung. Die Anteilnahme der Bevölkerung übertraf alle bisher bei ähnlichen Anlässen dagewesenen Ausmaße.

Marseille vor dem Genfer Rat.

Frankreich unterstützt Belgrad, Italien dagegen Ungarn.

Im Vordergrund des internationalen Interesses steht jetzt die ungarisch-südostslavische Streitfrage, die sich in den letzten Tagen durch die Massenausweisungen von ungarischen Staatsbürgern aus Südostslawien noch wesentlich verschärft hat. Ein Zeichen dieser erhöhten Spannung ist auch die Ankunft des ungarischen Außenministers Kanya in Genf. Zur Behandlung der südostslavischen Anklagen gegen Ungarn trat der Rat am Freitag nachmittag unter dem Vorsitz des portugiesischen Vertreters Vasconcelos zusammen. Es herrschte die Spannung eines politischen Großkampftages.

Der ungarische Außenminister Kanya nimmt an der Sitzung teil. Vasconcelos verweist in der Eröffnungsansprache darauf, daß die Beschwerde auf Grund des Artikels 11, Absatz 2 des Paktes beruhe. Danach habe jedes Mitglied das Recht, in freundschaftlicher Weise die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf jeden Umstand zu lenken, der geeignet sei, den Frieden und die guten Beziehungen der Nationen zu stören.

Jestitschs Anklagerede.

Anschließend nimmt sofort der Minister Jestitsch das Wort. Er verliest seine Erklärung ohne jeden oratorischen Akzent. Sie trägt denselben

scharfen Angriffskarakter,

wie die seinerzeit überreichte südostslavische Denkschrift und wiederholt im wesentlichen deren Angaben.

Im einzelnen führt Jestitsch aus: Die Ermordung des Königs Alexander habe eine berechtigte Empörung gegen diejenigen geweckt, die durch ihre moralische und materielle Unterstützung den Verbrechern die Verwirklichung ihrer Taten ermöglicht hätten. Dieser Unwill sei um so größer, als alle diejenigen, die das Verbrechen organisiert und ausgeführt hätten, sich außerhalb des südostslavischen Gebietes befinden hätten. Das Attentat sei gegen den Südostslawischen Staat und die Nation gerichtet gewesen. Er wende sich an den Rat, um vor diesem

die Verantwortlichkeit der ungarischen Behörden anzuklagen.

Er vertraue darauf, daß die Südostslavische Regierung hierdurch dem Frieden einen Dienst leiste. Seine Regierung habe dies durchaus nicht leichtes Herzens getan.

Die Gründe.

Wenn Belgrad sich verpflichtet gefühlt habe, direkte Anklagen gegen die ungarischen Behörden zu erheben, so sei dies aus folgenden Gründen geschehen: Die gegen Südostslawien gerichtete terroristische Aktivität habe eine präzise und konkrete Form getragen; sie sei der Ausdruck

einer in Ungarn organisierten Verschwörung

gegen die Sicherheit des Südostslawischen Staates gewesen. Infolgedessen könne Südostslawien nicht zulassen, daß eine solche Aktion hinter einem allgemeinen und unpersönlichen Problem verschleiert werde.

Im übrigen habe seine Regierung nichts dagegen, wenn die Debatte über die Unterstützung terroristischer Taten auch auf das allgemeine Gebiet sich erstrecke und zum Abschluß einer internationalen Konvention führen würde.

Es sei notwendig, die tatsächliche Verantwortung festzustellen. Die Tatsachen, auf denen die Anklagen Südostslawiens beruhen, seien derart, daß sie klar die Verantwortlichkeit gewisser ungarischer Behörden und damit der Ungarischen Regierung feststellen, die von den Verwicklungen jener Behörden in die terroristische Bewegung Kenntnis gehabt haben müsse. Jestitsch erinnert daran, daß Südostslawien seit 1920 in zahlreichen Fällen die Aufmerksamkeit der Ungarischen Regierung auf die terroristische Tätigkeit gelenkt habe. Die Ungarische Regierung sei über die terroristischen Akte, die von Ungarn aus organisiert wurden, vollständig unterrichtet gewesen.

Der Vorwurf des direkten Schutzes.

Dann wiederholt der Redner die Anschuldigung, daß die südostslavischen Emigranten in zahlreichen Fällen mit ungarischen Pässen ausgestattet worden seien, und fährt fort: Die erste Form der den Terroristen gewährten Unterstützung habe darin bestanden, daß sie in Ungarn den direkten Schutz der Behörden genossen hätten. Eingehend werden die bekannten Beschwerden über das

Emigrantenlager Jankapusta

besprochen, die bereits im Juni Gegenstand von Verhandlungen vor dem Rat gebildet hätten. Die ungarischen Be-

hördenten hätten nach Räumung des Lagers von Jankapusta und Unterbringung der Terroristen in der Nachbarschaft ihnen weiterhin ihre Unterstützung gewährt und die zur Ausführung der Attentate bestimmten Verbrecher seien durch das Los in dem ungarischen Ort Nagy-Kanyca ausgewählt worden. Sie hätten das Land ungehindert, mit ungarischen Pässen ausgerüstet, verlassen können. Was die Haltung der ungarischen Behörden anlässlich der internationalen Untersuchung nach dem Marseiller Attentat betrifft, so erklärt Redner, auf ungarischem Gebiet sei es nicht gelungen, irgend eine Feststellung über die Tätigkeit der Terroristen auf ungarischem Boden zu machen. Der Redner zieht die Schlussfolgerung aus der „bewußten Nachlässigkeit“ der ungarischen Behörden.

Zusammenfassung der Beschuldigungen.

Am Ende seiner Ausführungen faßt er die Beschuldigungen gegen Ungarn in folgenden Punkten zusammen. Während der letzten sechs Jahre seien 20 terroristische Taten auf südostslavischen Boden oder in der Nähe der ungarischen Grenze begangen worden. Es sei durch die südostslavischen Gerichte festgestellt worden, daß alle diese Akte vorbereitet oder begangen wurden durch Terroristen, die von Ungarn mit Waffen und Explosivstoffen ausgerüstet, herüberegekommen seien. Alle verhafteten Terroristen seien in Emigrantenlagern Ungarns systematisch ausgebildet worden. Die drei zur Ausführung des Attentats auf den König Alexander bestimmten Terroristen seien, mit ungarischen Pässen ausgerüstet, ungehindert von Ungarn abgereist. Die Terroristenorganisation auf ungarischem Gebiet hätte über reiche Geldmittel verfügt, die nicht aus privater Quelle stammen könnten. Die ungarischen Behörden hätten nach dem Attentat es abgelehnt, bei den Nachforschungen aktiv mitzuwirken.

Das Ziel der Anklage.

Jestitsch schloß mit dem Hinweis, daß die Südostslavische Regierung mit ihrem Schritt vor dem Rat keineswegs politische Zwecke verfolge, sondern nur beabsichtige, einen Akt der Rechtsprechung herbeizuführen.

Tibor von Eckhardt

ergriff das Wort zu ausführlicher Erwiderung, die etwa dreiviertel Stunde dauerte. Er ging davon aus, daß seit Wochen ein heftiger Feldzug gegen die Ehre der Ungarischen Regierung betrieben werde, und stellte dem die maschvolle Haltung Ungarns, das sich grundlos angegriffen fühle, gegenüber. Er erwähnte die tiefe Missbilligung, die das Marseiller Attentat bei der Ungarischen Regierung und dem ungarischen Volke gefunden habe, und protestierte nachdrücklich gegen den Versuch, diesen Fall zu einem

politischen Manöver gegen Ungarn auszunutzen. Die südostslavische Presse habe sofort nach Marseille ihre Kampagne begonnen, und die Südostslavische Regierung sei zur Ausweisung ungarischer Staatsangehöriger geschriften, deren Gesamtzahl in der letzten Woche sich auf 3600 belaufen habe. Durch das Einströmen mittelloser Flüchtlinge sei an der ungarisch-südostslavischen Grenze eine unhalbare Lage geschaffen. Ungarn wolle keine Repressalien ergreifen, behalte sich aber vor, das Eindringen des Bölkerbundes zu verlangen.

Eckhardt wandte sich sodann der südostslavischen Anklage zu. Er erklärte,

nichts halte der Prüfung stand.

Die Auflösung des Lagers in Janka Pusztai sei im April begonnen und im Oktober beendet worden. Das Vorhandensein von Janka Pusztai könne Ungarn nicht in Zusammenhang mit Marseille belasten. Nach Prüfung der Ungarischen Regierung habe kein Land so strenge Maßnahmen gegen die kroatischen Emigranten getroffen.

Ferner stellte Eckhardt fest, niemals habe sich eine zivile oder militärische Behörde mit der terroristischen Ausbildung von Emigranten beschäftigt, niemals hätten Emigranten von zivilen oder militärischen Behörden Waffen oder Explosivstoffe erhalten, und niemals seien ihnen Geldmittel geliefert worden. Auch hätten die kroatischen Emigranten auf gesetzlichem Wege keine ungarischen Pässe erhalten können.

Ungarn habe keine Verschwörung gegen Südostslawien angezettelt oder unterstützt.

Die südostslavische Denkschrift erwähne nur die Attentate, die von Kroaten ausgeführt wurden. Das seien nicht die einzigen auf südostslavischem Boden gewesen. Das Ulyrecht, das Ungarn den Kroaten gewährt habe, sei nicht über die allgemein anerkannten Grundsätze hinausgegangen. Der Mörder Georgijeff sei niemals in Ungarn gewesen, seine

Vorbereitungshandlung sei auf ungarischem Boden ausgeführt worden, nicht einmal vor den Statisten des Marieiter Attentats. Ungarn sei durch seine tausendjährige Tradition der Notwendigkeit entbunden, für sich Propaganda zu machen. Es habe nicht die geringsten Verantwortlichkeiten.

Die wahren Ursachen des Attentats seien in der innerpolitischen Lage Südslawiens zu suchen.

Der ungarische Revisionismus, gegen den sich die Aktion der Kleinen Entente im Grunde genommen richte, sei gerade das Gegenteil von Terrorismus. Es sei ein Mittel konstruktiver Friedenspolitik. Überdies gehöre Kroaten nicht zu den Gebieten, auf die sich der ungarische Revisionismus richte. Ungarn habe stets den Wunsch gehabt, mit seinen südlichen Nachbarn in Frieden und Freundschaft zu leben.

Laval sekundiert Belgrad.

Zu Beginn der Sonnabendszüge gab der französische Außenminister Laval eine bedeutende Erklärung ab. Er begann mit den Worten: "Bei dieser schweren Ansehanderziehung steht Frankreich an der Seite Jugoslawiens".

Laval betonte dann, daß dieses Verbrechen auf französischem Boden begangen worden sei. Frankreich sei gleichzeitig mit Jugoslawien damals getroffen worden. Als man den ritterlichen König traf, habe man auch den Frieden treffen wollen und sein Werk zerstören wollen. Aber das Werk bestehne weiter,

es hänge nur vom Völkerbundrat ab, ob nicht doch der Friede in Gefahr kommen könnte.

Die jugoslawische Regierung habe den stärksten Beweis ihres Friedenswillens geliefert. Sie habe sich nicht selbst Genugtuung verschafft, sondern sich an Genf gewandt. Sie erwartet unsere Entscheidung. Es hängt deshalb auch von der Einrichtung in Genf ab, die Probe zu bestehen.

Gestern hat man der Welt gezeigt, daß der Völkerbund verhindern kann, daß irgendwo die Ordnung gestört wird, indem er sich der militärischen Kräfte bedient, über die seine einzelnen Mitglieder verfügen; heute handelt es sich darum,

Jugoslawien Genugtuung zu geben.

indem wir die ganze moralische Autorität einsehen, über die der Rat verfügt. Zugleich gelte es, aus dem Attentat von Marseille die Lehre zu ziehen und für alle Zukunft derartige Taten unmöglich zu machen.

Laval ging auf die jugoslawische Denkschrift ein und machte sich die wesentlichsten darin enthaltenen Anschuldigungen gegen Ungarn zu eigen. Der französische Außenminister ließ dann das Urteil durchblicken, daß die ungarische Regierung zum mindesten fahrlässig gehandelt habe.

Italien an der Seite Ungarns.

Der italienische Vertreter Baron Aloisi verwies auf die Rede Mussolinis in Mailand, wo der italienische Regierungschef seine Bereitschaft erklärt habe, an der Sicherung des Friedens mitzuwirken. Ungarn habe ein Recht, zu verlangen, daß völliges Licht über die gegen Ungarn erhobenen Anklagen, die es stolz zurückgewiesen habe, geschaffen werde. Ungarns Streben nach einer Revision der Friedensverträge sei durchaus friedlich.

Revisionismus könne nicht mit Terrorismus verwechselt werden.

Litwinow erklärte, die Beteiligung gewisser ungarischer Behörden stünde außer Zweifel.

Huldigungen für den Staatspräsidenten.

Am Freitag beging Staatspräsident Professor Dr. Ignacy Mościcki das 30-jährige Jubiläum seiner wissenschaftlichen Tätigkeit. Ganz Polen brachte ihm aus diesem Anlaß Glückwünsche und Huldigungen dar, die insbesondere in einer Feststellung im Warschauer Polytechnikum zum Ausdruck kamen. An der Feier nahm die Regierung vollständig teil, erschienen waren auch die Marschälle des Sejm und Senats sowie die höchsten Würdenträger der militärischen und zivilen Behörden. Auf besonderen Sesseln nahmen die nächsten Familienangehörigen des Jubiläums Platz.

In zahlreichen Ansprachen wurde das wissenschaftliche Schaffen des Staatspräsidenten gewürdigt. Der Schweizer Gesandt hielt gleichfalls eine Ansprache und bat den Staatspräsidenten, den ihm von der Freiburger Universität verliehenen Ehrendoktor-Titel anzunehmen. Staatspräsident Mościcki dankte dem Gesandten in deutscher Sprache für die Ehre, die ihm von Seiten der Schweiz zuteil wurde. Nach weiteren Ansprachen wurden dem hohen Jubilar Jubiläumsausgaben einiger neuesten wissenschaftlichen Werke überreicht, worauf die zahlreichen Huldigungstelegramme verlesen wurden.

Zum Schluß nahm Staatspräsident Professor Mościcki selbst das Wort und dankte ergriffen für den herzlichen Ausdruck der Anerkennung seiner wissenschaftlichen Arbeit. Bisher habe er sehr viele Beweise von Herzlichkeit erfahren, doch mußte er immer annehmen, daß dies nicht in einer Person, sondern ihm als Vertreter des höchsten staatlichen Amtes gelte. Aus diesem Grunde sei er aufs tiefste ergriffen, wenn nun seiner Person so herzliche Huldigungen dargebracht worden sind. Die Feier war durch Gesänge des Hochschulchors und durch musikalische Vorläufe umrahmt; sie fand ihren Abschluß durch einen Tee, den der Jubilar für die Teilnehmer an der Festversammlung gab.

Im Belvedere fand aus Anlaß des Jubiläums ein Empfang zu Ehren des Jubiläums statt. Der hohe Jubilar folgte mit seiner Gemahlin und seiner nächsten Familie der Einladung des Marshalls Piłsudski. Außerdem waren Mitglieder der Regierung und Vertreter der wissenschaftlichen, politischen Kreise anwesend.

Im Beisein des Staatspräsidenten, des Ministerpräsidenten sowie zahlreicher Mitglieder der Regierung und Vertreter zahlreicher Organisationen wurde die Einweihung neuer Amtsstellungen des Polytechnikums vollzogen und im Polytechnikum eine Büste des Staatspräsidenten Ignacy Mościcki enthüllt. Die in Warschau zu einer Tagung versammelten Wojewoden haben an den Staatspräsidenten ein Glückwunschtelegramm gesandt. Die Warschauer Regierungsblätter haben aus Anlaß des Jubiläums lange Artikel veröffentlicht, in denen die Bedeutung der wissenschaftlichen Arbeit des Staatspräsidenten für die Entwicklung der polnischen Industrie besonders hervorgehoben wird.

Immer neue Ortsgruppen der Deutschen Vereinigung.

Ortsgruppe Jankendorf.

In Jankendorf (Sokolovo Budzynski) im Kreise Gnesen fand am Freitag nachmittag um 2 Uhr eine Gründungsversammlung der Deutschen Vereinigung statt. Aus Jankendorf und den benachbarten Dörfern hatte sich eine große Anzahl deutscher Männer und Frauen eingefunden, um der Gründung einer Ortsgruppe für Jankendorf und Umgebung zugestimmen. Die Ausführungen des Schriftleiters Arno Ströbe-Bromberg wurden mit großem Beifall aufgenommen. Der Redner wies die Notwendigkeit nach, dem Bruderzwist ein Ende zu machen, bevor dem Gesamtdeutschum Westpolens ein nie wieder gut zu machender Schaden entstanden ist. Ein Sachwalter der Deutschen Vereinigung Bromberg sprach über den inneren Aufbau der Deutschen Vereinigung, die jetzt das Sammelbecken der sich befindenden deutschen Volksgenossen werden soll. Eine Gruppe Jungdeutscher, die aus der Gegend von Rogasen nach Jankendorf gekommen war, erhielt auf die üblichen bekannten Fragen restlose Auskunft, so daß sie es nach einer Aussprache vordrängte, unverrichteter Sache den Saal zu verlassen. Die deutschen Einwohner von Jankendorf und Umgebung traten für eine Ortsgruppengründung der Deutschen Vereinigung ein. In den Vorstand wurden gewählt: Landwirt Haufe, Landwirt Gust und Landwirt Mantey, sämtlich aus Jankendorf. Der Revisionskommission gehören an: die Landwirte Falkenberg und Frieske, ebenfalls aus Jankendorf. Die Gründungsversammlung wurde mit dem Absingen des Feuerspruchs beendet.

Ortsgruppe Margonin.

Am Freitag, nachmittags 6 Uhr, fand in Margonin eine Versammlung zur Gründung einer Ortsgruppe der Deutschen Vereinigung statt. Vor überfülltem Saale sprachen Schriftleiter Ströbe-Bromberg und Kaufmann Warmbier-Kolmar. Die Ausführungen beider Redner wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen, ein Beweis dafür, wie stark die Sehnsucht nach einem friedlichen Zusammenleben auch in Margonin ist. Die üblichen Einwendungen der aus der weiteren Umgebung zusammengezogenen Jungdeutschen wurden restlos widerlegt, so daß den jungen deutschen Rednern jede sachliche Argumentation fehlte. Kaufmann Warmbier-Kolmar sprach zum Schluss in warmen versöhn-

lichen Worten und fand in beiden Lagern aufmerksame Zuhörer. Nach den Ausführungen des Volksgenossen Warmbier sang man einheitlich den "Feuerspruch". Die Jungdeutschen verließen den Saal, worauf zur Gründung der Ortsgruppe geschritten wurde. In den Vorstand wurden gewählt: Martin Schmidt, Georg Bloch, beide aus Margonin, und Willy Lach-Seeort. Der Revisionskommission gehören an: Otto Stelter-Seeort und Heinz Neumann-Margonin.

Ortsgruppe Samotschin.

Am gleichen Tage war zum Zwecke einer Ortsgruppengründung in Samotschin auf 6 Uhr eine Versammlung in das Hotel Raaz in Samotschin einberufen. Die Versammlung, welche den Saal und die Nebenräume füllte, wurde von dem Volksgenossen Erdmann-Samotschin geleitet. Nach dem Gesang des Liedes "Durchs Heimatland marschieren wir", ergriff Erik von Witzleben das Wort zu längeren Ausführungen über die Lage des Deutschums und über die Notwendigkeit einer Einigung, wo zu die einzige Gelegenheit biete. Keiner Beifall bewies, daß dies auch die Überzeugung der Versammlung war. Dies kam auch in einer längeren Rede eines Versammlungsteilnehmers während der Aussprache zum Ausdruck. Den unsachgemäßen Äußerungen, Schlagworten und dem disziplinlosen Verhalten der Gegner begegnete Erik von Witzleben mit würdigen und überzeugenden Worten.

Nachdem Volksgenosse Warmbier-Kolmar in treffenden Worten auf die Bedeutung von Blut und Boden in Beziehung auf unsere Verhältnisse und die Deutsche Vereinigung als Zusammenschluß aller Deutschen hingewiesen hatte, fanden die Wahlen statt. In den vorläufigen Vorstand der Ortsgruppe Samotschin wurden gewählt: die Herren Bunn, Wirt und Sturzebrucker aus Samotschin, die Herren Biese-Heldorf und Hempel-Baldberg.

Das Absingen des Feuerspruches beschloß auch diese Versammlung.

Außerdem wurden noch Ortsgruppen in Kolmar, Czarkau, Filehne und Fügerie gegründet; ausführlich berichten wir in unserer nächsten Ausgabe darüber.

Kleine Rundschau.

Eine neue Wendung im Fall Lindbergh.

Blättermeldungen zu folge ist im Fall Lindbergh eine überraschende Wendung eingetreten. Danach soll ein früherer Sträfling, namens Robert Wildy, auf dem Sterbett gestanden haben, das Lindbergh-Kind entführt und getötet zu haben. In dem Geständnis, das in Anwesenheit von Zeugen niedergeschrieben und von diesen durch ihre Unterschrift bestätigt worden sei, habe Wildy erklärt, das Verbrechen sei ein "Machakt an den Reichen" gewesen. Er habe das Kind nicht töten wollen. Das Kind habe aber geschrien und er habe ihm deshalb 2 Schläge vergeben, ohne sich um das ausgezogene Lösegeld zu bemühen.

150 Menschen in einem Tresorraum eingeschlossen.

Ein erregender Zwischenfall ereignete sich am Sonntag nachmittag im St. Vitus-Dom in Prag. Eine Gruppe tschechischer Touristen hatte einen Ausflug zum Besuch des Domes veranstaltet, an dem etwa 150 Personen, darunter auch Frauen und Kinder, teilnahmen. Es wurde auch die neue Schatzkammer des Domes besucht, in der die Kleinodien des Kapitels in einem Tresorraum untergebracht sind. Dieses Gewölbe ist sehr groß und von der Außenwelt durch eine etwa ½ Meter dicke Panzertür abgeschlossen. Als sich die Besucher in dem Raum befanden, schlug plötzlich jemand von außen die Tür zu, so daß die Teilnehmer eingeschlossen waren. Es bemächtigte sich ihrer aufzuschließen. Die Schlüssel hatte jedoch der Führer bei sich, der sich mit in dem Gewölbe befand. Es gelang schließlich, die Schlüssel durch eine kleine Öffnung einem Küster herauszureißen, doch kam dieser nicht mit dem Öffnen der Panzertür an. Polizist und Angestellte der Tresorfabrik wurden alarmiert. Nach zweistündiger Gefangenschaft konnten die Eingeschlossenen befreit werden.

Goldfieber in Kalifornien.

Wie aus New York berichtet wird, hat ein Ausbruch von Goldfieber eine wahre Völkerwanderung nach der Stadt Mojave verursacht, die in der kalifornischen Einöde gelegen ist. Alle Unterkunftsräume der Stadt sind überfüllt, und die angrenzenden Hügel sind mit Zelten vollgestopft. Ein großer Goldgräber bedeckt. Den Anlaß der allgemeinen Pilgerfahrt bildet der Umstand, daß eine im September v. J. von einem vormaligen Universitätsstudenten entdeckte Goldader sich als viel reichhaltiger herausgestellt hat als aufangs vermutet wurde. Der Bergwerksfachverständige der die Wiederaufnahme des Betriebes finanzierten Gesellschaft, der sich an Ort und Stelle befindet, hat erklärt, die Goldader sei groß und ungewöhnlich reich und werde vielleicht große Bedeutung für Kalifornien und die ganze amerikanische Nation gewinnen.

"Kabale und Liebe" in neuer polnischer Übersetzung.

dk Warschau, 5. Dezember. Eine neue polnische Übersetzung von Schillers "Kabale und Liebe" hat Julian Tunin fertiggestellt. Sie soll noch in diesem Winter in ausgeführter Besetzung im Warschauer Teatr Polski zur Aufführung gelangen.

Heute: „Illustrierte Weltschau“ Nr. 49.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 10. Dezember 1924.

Kralau - 2,18 (- 1,66), Jawischost + 2,00 (+ 2,07), Warischau + 2,30 (+ 1,94), Błocie + - (+ 1,74), Thorn + 2,05 (+ 2,21), Norden + 2,08 (+ 2,31), Culm + 1,97 (+ 2,23), Graudenz + 2,17 (+ 2,47), Kurzebrück + 2,49 (+ 2,72), Biebel + 1,84 (+ 2,32), Dirichau + 1,92 (+ 2,42), Einlage + 2,54 (+ 2,58), Schlesienhorst + 2,56 (+ 2,62). (In Klammern die Meldung des Vortages.)

Zwei Regierungsparteien?

Ein Konzept und seine Widerlegung.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter)

Der von Krakau nach Warschau übergesiedelte „Czas“ (das Organ der Sanierungs-Konservativen, die vom Fürsten Janusz Radziwiłł befürwortet werden) hat durch eine Reihe von Möglichkeiten der Umgestaltung des Regierungslagers, bzw. seiner Teilung in zwei „Parteien“ erfordern. Es schließlich bewirkt, daß die Diskussion über dieses Thema viele Spalten in der polnischen Presse aller Richtungen füllt, wobei die einen Blätter bloß die „Meinungen“ der anderen mit schelmischer Objektivität anführen, ohne Stellung zu nehmen, während andere sich „meritorisch“ äußern und die kommende Entwicklung irgendwie beeinflussen möchten. Da diese Diskussion keineswegs akademische Fragen der Innenpolitik, die anscheinend in Polen schon erstorben ist, betrifft, sondern von Reibungen, Interessenkonflikten, Kämpfen, welche selten öffentlich, doch bestig genug ausgetragen werden, ein wenn auch verzerrtes Urteil ablegt, so verdient sie die Beachtung auch der Fernerstehenden. Die Aufklärungen, die diese Diskussion vermittelten, sind authentischer und auch viel ausschlußreicher als alles, was phantastische, ausländische Reisende in ihren Büchern und Artikeln über die „Geheimnisse des Regimes in Polen“ zu sagen vermögen.

Den Anstoß zur Diskussion gab der seit längerer Zeit bestehende Haider zwischen den Sanierungs-Konservativen („Czas“ und „Slowo“) und dem radikalen Flügel der Piłsudskisten („Kurier Poranny“). Die Konservativen erheben gegen diese Gruppe des Regierungslagers eine Anzahl von grundsätzlichen Vorwürfen; vor allem legen sie dieser Gruppe zur Last: das Bestreben, eine sehr radikale Agrarreform durchzuführen, eine entschieden feindliche Haltung gegenüber der katholischen Kirche und Geistlichkeit und Tendenzen zum übermäßigen Ausbau des Staatsmusters. Die hinter den Kulissen betriebene Arbeit der Konservativen durch Lähmung der Einflüsse der Radikalen im Sanierungs-lager hat ihnen eine Anzahl von Detail-Erfolgen eingebracht; ein sichtbarer Erfolg war z. B. die Säuberung des „Legion Młodysty“ von verschiedenen extremen Elementen. Weniger sichtbar sind die Zugeständnisse, die der Konservatismus in Polen – dank der Protektion der Konservativen – von den Regierungsstellen stillschweigend und ohne Lobpreisungen zu spenden, empfängt und welche auf die gut unterrichteten, radikalen Piłsudskisten ihre aufreizenden Wirkungen nicht verschleien. Viel weniger Erfolg blüht den Konservativen hinsichtlich ihrer Spezialforderungen auf agrarischem Gebiet. Die Konservativen führen eine intensive Kampagne gegen die Entschuldungsgesetze, und ihr Ziel besteht darin, daß die Nachteile, welche das Rahmengesetz dem Großgrundbesitz verursacht, auf dem Wege durch die Ausführungsverordnungen und die burokratische Praxis beseitigt werden.

Die Sanierungs-Konservativen fühlen sich immer mehr als eine kompakte Interessengemeinschaft mit bestimmten und ihrer Überzeugung nach realisierbaren Zielen und sehen den Augenblick herannahen, wo es für sie unumgänglich sein werde, sich als Partei zu etablieren. Aus diesem Grunde haben sie in letzterer Zeit für die Idee Propaganda zu machen begonnen, daß der „Unparteiische Block“ liquidiert werde und an dessen Stelle zwei Regierungsparteien treten, die auf dem gemeinsamen Boden der Treue zum Marschall Piłsudski stehend, doch sozial verschiedene Weltanschauungen repräsentieren, einander bekämpfen und eventuell abwechselnd die Gewalt im Staate ausüben würden: eine Piłsudskistrene Rechte und eine Piłsudskistrene Linke.

Der „Czas“ erläutert seine Idee wie folgt: „Die schwächer die grundsätzliche Opposition wird, je mehr sie sich auf einige wenige Fanatiker beschränkt, um so mehr müssen die zentralen Kräfte im BB (Unparteiischen Block) wachsen, dessen Zusammenschluß solange unerlässlich war, als das Regime für bedroht gehalten werden konnte. Da die Möglichkeit eines neuen Umsturzes, welcher den vom Mai 1926 annullieren würde, immer unwahrscheinlicher wird, ist es eine normale Sache, daß die einzelnen BB-Gruppen eine größere Aufmerksamkeit der Verwirrung der ihnen feindlichen Grundsätze zuwenden. Auf diese Weise festigt sich immer mehr die normale Teilung in die Linke und in die Rechte, welche auf dem Boden der Anerkennung der Autorität des Marshalls und der gemeinsamen Staatskonzeption stehen, sich jedoch voneinander in der Auffassung der sozialen und wirtschaftlichen Fragen unterscheiden. Langsam nähert sich vielleicht der Augenblick, wo möglicherweise, zwei BB-Organisationen: eine der Rechten und eine der Linken entstehen werden, die sich in der Ausübung der Gewalt abwechseln können, was unser politisches Leben sehr normalisieren würde.“

Das konservative Organ will voraussehen, daß diese künftige „Rechte“ zur Kristallisierungssache „die Obersten“ wählen werde. An die Obersten werden sich zunächst die Konservativen fest anschließen, worauf bald die „Linken“ der Endeje „mit großen Schritten“ in die neue Rechtsorganisation einmarschieren werden. Was die künftige „Linke des Marshalls Piłsudski“ anbelangt, so könnte ihr das mühsame Werk der Heranziehung so vieler Elemente aus der lebhaften Volkspartei als sie vermag, überlassen bleiben.

Diese an sich schließlich nicht unvernünftige Konstruktion der konservativen Politiker unterwirkt ein annommer Vertreter der an der Sache interessierten Kreise im „Illustrowaner Godzienny“ einer kritischen Analyse, die ebenfalls interessant, wenn auch nicht ganz lästiglos ist. Aus dieser Analyse, die in Form eines Gesprächs zwischen einem Politiker und einem Zeitungsleser dargeboten wird, gehen wir folgende Stellen, welche grundsätzlich beherrschen, hervor:

„Mit der unvernünftigen Legende, daß das Regierungslager in die Obersten... und den Rest geteilt werden könne, wäre es ratsam, Schluss zu machen. Vielleicht war dies unmittelbar nach dem Umsturz gut, doch jetzt hat dies einen Sinn.“ Der BB-Block ist keineswegs als Reaktion der Massen entstanden, er ist keine neue Partei, die auf vulkanische Weise erwachsen wäre, sondern er ist das Ergebnis einer Laboratoriumsarbeit einer Gehirnarbeit und ist die Form der Organisation der Volkgemeinschaft auf einem Prinzip, das demjenigen der Organisation einer politischen Partei, nämlich dem Massenprinzip entspringt.“

Den Umsturz im Jahre 1926 vollzog Marshall Piłsudski, der vom überwiegenden Teil der Armee unterstützt wurde. Wenn jemand im Mai 1926, gleich nach dem Umsturz, gefragt worden wäre: Wer regiert Polen? so hätte er gesagt: 1. Marshall Piłsudski, 2. die militäris-

Deutsches Geschwader auf Todesfahrt.

Das Heldenlied von Coronel und den Falklandsinseln!

Admiral Graf Spee – ein unvergessener Name.

Von Fr. H. Chelius.

(Nachdruck verboten.)

I. Kapitel.

Der Kommandant von Bora-Bora irrt sich. Ein weltgeschichtlicher Witz in der Südsee.

Ostlich von Australien und östlich der in der Vorkriegszeit deutschen Samoa-Inseln liegt im Stillen Ozean die Insel Tahiti, ein Palmenland von paradiesischer Schönheit, das unter französischer Oberhoheit steht. Abgeschlossen von aller Welt laufen nur wenige Male im Jahre größere Dampfer die Inselgruppe an und bringen Nachrichten von dem übrigen Erdball. Selbst die drahtlose Station, die kurz vor dem Krieg hier angelegt wurde, vermöchte an der Abgeschlossenheit dieser Inselwelt vom großen Weltgeschehen kaum wesentlich zu ändern. Wenn so das Leben schon auf Tahiti geruhig und paradiesisch dahinstößt, so erst recht auf der zu Tahiti gehörigen, wenige Kilometer entfernt gelegenen Insel Bora-Bora. Die einzige Person, die im Jahre 1910 die französische Autorität verkörperte, war der Gendarmerie-Brigadier Pierre Caramous, der mit einer handvoll Leute in diesem Eldorado die Ordnung aufrecht erhält und einen guten Tag verlebt.

Den September 1914 sollte aber dieser Brigadier sein ganzes Leben lang im Gedächtnis behalten, und das kam so: Der Morgen dieses Tages war in strahlender Schönheit aus dem Meere emporgestiegen und die tropische Vegetation glänzte und lütherte in den Strahlen der Morgensonne, daß das Auge sich nicht satt trinken konnte an der Fülle der Naturschönheiten. Der Herr Brigadier indessen, der so wie so nicht über Arbeitsüberlastung klagen konnte, huldigte dem Grundsatz: „Am Morgen schlafst sich's am besten!“ Er war deshalb aus allen Wollen gefallen, als plötzlich seine Frau Hélène ins chälche Schlafgemach stürzte, ihn wachrüttelte und ihm zurief: „Auf! Auf! Pöre! Am Strand liegen zwei Kriegsschiffe, ganz riesengroße Kriegsschiffe!“

Wie von einer Tarantel gestochen fuhr Pöre empor. „Was? Kriegsschiffe sagst du?“ fragte er, indem er sich die Augen rieb und das schier Unfaßliche zu begreifen suchte. „Das können nur die Unseren sein, Hélène“, fuhr er nach einem Überlegen fort, „Jean soll mir sofort meine beste Uniform bringen!“

Wohl war auch die Kunde von dem Ausbruch des Weltkrieges bis in diesen entlegensten Erdenvinkel gedrungen, aber dort hinten hatte kein Mensch eine Ahnung, wo Freund und Feind zu suchen sei, am allerwenigsten wäre aber Pöre auf den Gedanken versessen, daß feindliche, also deutsche Schiffe seiner Insel einen Besuch abstattten könnten. Als er dann aus dem Fenster seines Dienstgebäudes blickte und auf den azurblauen Wogen der stillen, fjordähnlichen Bucht zwei große Kreuzer liegen sah, war er erst recht davon überzeugt, Kriegsschiffe der Entente vor sich zu haben; denn so stolze Schiffe konnten doch nur die Engländer oder die Franzosen haben. Das einzige Seltsame war, daß die Kreuzer keine Flagge zeigten, aber darüber machte sich Herr Caramous wenig Gedanken.

Er warf sich nunmehr schmeichelhaft in seine Paradeuniform, ließ seine wenigen Männer alarmieren, die sein Boot klar machen mußten, und begab sich zu den Schiffen, um seine offizielle Aufwartung zu machen.

„Politiker“ dennoch ein, es sei „theoretisch ausgeschlossen, daß der Marshall sein Lager werden und gruppieren und anstelle einer zusammengelegten Armee, einige Glieder aus ihr werden schaffen wollen.“ Seiner Ansicht nach sei indessen mit dieser Möglichkeit nicht zu rechnen.

Das der wissende Politiker den Nagel auf den Kopf getroffen hat und seine Rechnung wirklich stimmt, daran könnte man trotzdem schwerlich glauben.

Mit dieser Wissen dampften die beiden deutschen Kreuzer wieder von Bora-Bora davon, einen unglücklichen Brigadier hinter sich zurücklassend.

Konflikt der Stadt Warschau mit der französischen Elektrizitätsgesellschaft

Bei der Handelsabteilung des Bezirksgerichts in Warschau ist vom vorigen Magistrat eine Klage auf Löschung des Konzessionsabkommen mit der französischen Elektrizitätsgesellschaft und auf Sicherung der Klagesforderung durch die Beschlagsnahme des Elektrizitätswerks niedergelegt worden.

Das Konzessionsabkommen mit der französischen Gesellschaft wurde im Jahre 1902 abgeschlossen. Vor zehn Jahren ist eine polnisch-französische Konvention zu Stande gekommen, in der vorgesehen war, daß zur Auslegung des Paragraphen über die Koncession der französischen Gesellschaft, die das Warschauer Elektrizitätswerk exploitiert, ein Gericht berufen werde. Viel Staub hat seinerzeit der Urteilsspruch Aijers aufgewirbelt, der sich selbst als urteilsfallender Richter anerkannte und wie der „Illustrowaner Kurier Godzienny“ betont, durch eine einseitige Urteilsetzung der Sachlage ein Urteil zugunsten der französischen Gesellschaft fällte, der dadurch 600 Millionen Franken und die Verlängerung der Konvention auf weitere zwanzig Jahre zugesprochen wurden. Die gegenwärtige Sache, die durch die Stadtverwaltung dieses Abkommens bewegen wird, wird sich eben auf der Plattform dieses Abkommens bewegen. Würde das Gericht die Vereinbarung auflösen, so müßte die Stadtverwaltung den französischen Konzessionsinhabern alles das auszahlen, was diese in die Elektrizitätsgesellschaft hineingesetzt haben, dagegen müßte die französische Gesellschaft das Geld zurückzahlen, das sie durch die ganze Zeit der Exploitation aus dem Elektrizitätswerk herausgeholt hat.

In seiner Klage macht der Magistrat den Konzessionsinhabern viele Vorwürfe, u. a. den, daß die Elektrizitätsgesellschaft übermäßig Gebühren für den Strom erhoben hat. Der Magistrat steht auf dem Standpunkt, daß die Elektrizitätsgesellschaft dies absichtlich zum Schaden der Konsumenten gemacht habe. Da für den Fall der Auflösung des Abkommens die französische Gesellschaft, die ihre Einlage zurückzuhalten würde, gleichzeitig dem Magistrat den ganzen Gewinn für die Zeit der Exploitation der Gesellschaft zurückzustatten müßte, stellte der Magistrat die Vordrucke, diese Klagesforderung durch die Beschlagsnahme sicherzustellen.

Inzwischen ist der Generaldirektor des Warschauer Elektrizitätswerks, der französische Ingenieur Hannibal, abberufen und auf seine Stelle der Ingenieur Edward Opuchowski, ein polnischer Staatsangehöriger, zum Generaldirektor ernannt worden.

